

**Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,  
Gleichstellung, Flucht und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Die Ministerin**



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,  
Gleichstellung, Flucht und Integration  
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den  
Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40211 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE  
18/2008**

A04

4. Dezember 2023

Seite 1 von 1

Aktenzeichen 216  
bei Antwort bitte angeben

Dr. Edgar Voß  
Telefon 0211 837-2370  
Telefax 0211 837-2505  
edgar.voss@mkjfgfi.nrw.de

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am  
07.12.2023**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

für die o.g. Ausschusssitzung bin ich um einen schriftlichen Bericht zum  
Thema „Sexuelle Übergriffe unter Kindern in NRW-Kitas“ gebeten wor-  
den.

Dieser Bitte komme ich hiermit gerne nach und übersende Ihnen einen  
Bericht mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses  
für Familie, Kinder und Jugend des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Mit freundlichen Grüßen

Josefine Paul

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Völklinger Straße 4  
40219 Düsseldorf  
Telefon 0211 837-2000  
Telefax 0211 837-2200  
poststelle@mkjfgfi.nrw.de  
www.mkjfgfi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahn Linien  
706, 709 (HST Stadttor)  
707 (HST Wupperstraße)



# **Bericht der Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration**

## **Sexuelle Übergriffe unter Kindern in NRW-Kitas**

### **Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 07.12.2023**

Zunächst wird grundsätzlich auf den Bericht der Landesregierung vom 7. November 2023 verwiesen.

Das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration hat zuletzt am 31. Oktober 2023 eine ausführliche Stellungnahme mit Frist 30. November 2023 beim Landesjugendamt Rheinland angefragt. Das Landesjugendamt Rheinland hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass die Stellungnahme aufgrund von Personalausfällen in Folge kurzfristiger Erkrankungen erst zum 15. Dezember 2023 zugeleitet werden kann. Zur Sicherstellung einer sachgerechten Bearbeitung der Stellungnahme wurde der erbetenen Fristverlängerung stattgegeben.

Für die Ausschusssitzung am 7. Dezember 2023 gibt es daher keinen neuen Sachstand.